Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 6

Artikel: Für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte : das Genfer Zentrum

Autor: Winkler, Theodor

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-67976

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Das Genfer Zentrum

Theodor Winkler

Die Schweiz hat, als sie sich 1996 zugunsten der Partnerschaft für den Frieden (PfP) entschied, die demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu einem Schwerpunkt ihrer Beteiligung bestimmt. Nachdem mit verschiedenen kleineren Projekten in diesem Bereich erste positive internationale Erfahrungen gesammelt werden konnten, folgte am 27. Oktober 2000 mit der Gründung des «Genfer Zentrums für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte» (DCAF) ein Schritt, der international starke Beachtung fand. Heute gehören 34 Regierungen dem Stiftungsrat des Zentrums an. Experten aus 20 Ländern arbeiten am Genfer Zentrum, dessen Dienste in den jungen Demokratien Südost- und Osteuropas stark gefragt sind. Das Zentrum leistet mit seiner Arbeit einen konkreten Beitrag vor Ort zur Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa.

Zum traurigen Erbe von Konflikten gehören Personenminen, Sprengfallen und Blindgänger, die auf Jahrzehnte hinaus die Sicherheit der Zivilbevölkerung bedrohen. Mit dieser Problemstellung beschäftigt sich das Genfer Internationale Zentrum für die humanitäre Minenräumung. Zum traurigen Erbe von Diktatur und Totalitarismus gehören aufgeblähte Machtapparate (Streitkräfte, Polizei, Geheim- und Staatssicherheitsdienste, paramilitärische Verbände, Grenzschutz- und Spezialtruppen), die sich der demokratischen Kontrolle entziehen und allzu oft zu einem «Staat im Staat» zu werden drohen, der für noch ungefestigte Demokratien zu einer tödlichen Gefahr werden kann. Hier setzt das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte an.

Diktaturen neigen dazu, bewusst eine Vielfalt von Machtapparaten mit schlecht definierten und sich überschneidenden Aufträgen zu schaffen, die gegeneinander ausgespielt werden können. Man denke nur an das Dritte Reich – mit seinem gezielten Nebeneinander von Wehrmacht, SS, SA, Organisation Todt, Gestapo und zahlreichen weiteren Machtapparaten – oder an die UdSSR unter Stalin. Aber auch die jungen Demokratien in Südost- und Osteuropa finden sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Wo es noch darum geht, eine Zivilgesellschaft aufzubauen, tragfähige politische Parteien zu formen und eine effiziente parlamentarische Arbeit überhaupt erst zu ermöglichen, sind die von den aus Zeiten der Diktatur ererbten Machtapparaten ausgehenden Herausforderungen besonders bedrohlich. Stichworte sind dabei wirtschaftliche Ressourcenverschleuderung, latente Putschgefahr, erhöhtes Risiko innerer und äusserer Konflikte, aber auch schlichte Ineffizienz. In der Tat sind totalitäre Machtapparate besonders anfällig für Korruption, haben allzu oft mit dem organisierten internationalen Verbrechen zusammengearbeitet und sind daher oft nicht fähig, ihren Auftrag in einer veränderten Welt effizient auszuführen.

Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte hat einen doppelten Auftrag: Es will einerseits durch die Schaffung eines internationalen Expertennetzwerkes das weltweit vorhandene Wissen und die von den jungen Demokratien im ehemaligen Osten gemachten Erfahrungen in seinem Arbeitsbereich systematisch erfassen, dokumentieren, analysieren und aufarbeiten. Andererseits will das Zentrum die so erarbeiteten Erkenntnisse und «Lessons Learned» allen interessierten Kreisen – Regierungen, Ministerien, Parlamenten, zivilen Akteuren und internationalen Organisationen – zur Verfügung stellen und diese durch massgeschneiderte Projekte unterstützen. Im Vordergrund steht der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe.

Rechtlich ist das Zentrum eine Stiftung nach Schweizer Recht. Ihr gehören als Mitglieder aber nicht Privatpersonen, sondern Regierungen an – bisher deren 34, von den USA bis Russland (darunter alle Nachbarstaaten der Schweiz, die Mehrheit der Mitgliedstaaten von OSZE, Europarat, EU und NATO sowie alle Mitgliedstaaten des Stabilitätspaktes). Das Zentrum verfügt, da seine Problemstellung globaler Natur ist, mit den Mitgliedstaaten Südafrika, Nigeria und Elfenbeinküste auch über eine «afrikanische Antenne». Die Schweiz ist im Stiftungsrat mit Vertretern des VBS, des EDA sowie des Sitz-Kantons Genf vertreten. Die finanziellen Mittel (2001 rund 7,1 Mio. Franken) werden primär vom VBS sowie zum Teil auch dem EDA zur Verfügung gestellt. Sie werden durch die Leistungen der anderen Mitgliedstaaten wesentlich ergänzt.

Der aus Ländervertretern zusammengesetzte Stiftungsrat wird ergänzt durch ein zweites Stiftungsorgan, den aus ausgewiesenen Fachexperten zusammengesetzten «International Advisory Board». Zu dessen ad personam gewählten Mitgliedern gehören hohe Beamte der OSZE, des Europarates, der EU und der NATO, Parlamentarier aus Ost und West, Direktoren führender Forschungsinstitute (vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI über das Londoner Internationale Institut für strategische Studien bis hin zur RAND Corporation) sowie Praktiker der internationalen Sicherheitspolitik und Friedensförderung.

Der Mitarbeiterstab des Zentrums, das seinen Sitz im Herzen Genfs hat (11, rue de Chantepoulet, 1211 Genf 1, Tel. 022 741 77 00, Fax 022 741 77 05; website: *www.dcaf.ch)*, setzt sich aus rund 40 Mitarbeitern aus 20 Staaten zusammen. Zum Stab gehören ebenso Sekretäre, Botschafter, Offiziere, Parlamentarier und hohe Beamte, wie Soziologen, Politologen, Juristen und

Historiker. Das Zentrum gliedert sich in vier Abteilungen: (1) «Think Tank», (2) Projekte, (3) Information und Dokumentation, (4) Administration und Logistik.

Aufgabe des «Think Tank», der mit rund 20 Mitarbeitern die grösste Abteilung des Zentrums darstellt, ist die systematische Erfassung des vorhandenen Wissens in allen DCAF interessierenden Bereichen. Ein Teil dieses Wissens wird von den Experten des «Think Tank» selbst eingebracht. Viele von ihnen waren in ihren Heimatländern in leitender Stellung in der Schaffung und Konsolidierung der Demokratie und der anschliessenden Reform des Sicherheitssektors involviert. Ein weiterer wichtiger Teil des notwendigen Wissens kann über die Mitglieder des Stiftungsrates sowie des «International Advisory Board» mobilisiert werden. Ein drittes Instrument stellen schliesslich zwölf internationale Arbeitsgruppen dar, die sich im Durchschnitt zwei Mal jährlich treffen und sich aus den führenden Fachexperten auf diesem Gebiet zusammensetzen. Die von den Arbeitsgruppen abgedeckten Themenbereiche reichen von der parlamentarischen Kontrolle und dem Rechtsbereich über die Rolle von zivilen Experten in der Definition nationaler Sicherheitspolitik, die Konversion von Rüstungsindustrien und die Reduktion der Streitkräfte sowie der mit Polizei und Grenzschutzorganen zusammenhängenden Fragestellungen bis hin zur Frage von zivil-militärischen Beziehungen in post-konfliktuellen Situationen und der systematischen Erfassung der Kriterien für Erfolg oder Misserfolg im Bereich der Reform von Sicherheitsapparaten. Mehrere Hundert führende Experten aus aller Welt wirken in diesen Arbeitsgruppen mit.

Das so zusammengetragene Wissen wird anschliessend all jenen zur Verfügung gestellt, die auf dieses angewiesen sind. Im Vordergrund steht dabei in der vom Bundesrat bis 2004 festgelegten Aufbauphase Südost- und Osteuropa.

Wichtigster «Kunde» wurde, unmittelbar nach Gründung des Zentrums, die neue Demokratie in Belgrad, die Milosevics schweres Erbe antrat. Der jugoslawische Präsident Kostunica und der serbische Premier Djinjic übertrugen DCAF kurz nach seiner Gründung das Mandat einer umfassenden entsprechenden Bestandesaufnahme. Schwerpunkte waren dabei: Elemente für eine neue, auf Frieden und Stabilität ausgerichtete nationale Sicherheitspolitik für Jugoslawien; Erfahrung anderer Transitionsstaaten im Bereich der Reform der Sicherheitsstrukturen; Vorschläge für eine umfassende Reform der Gesetzgebung; Erfahrungen anderer Staaten im Bereich der Streitkräftereform; Reorganisation der Polizei- und Grenzschutzorgane, Sicherstellung der parlamentarischen und demokratischen Kontrolle der Geheimdienste und Staatsschutzorgane. DCAF lieferte, in enger Zusammenarbeit mit dem New Yorker East West Institute, im Dezember vergangenen Jahres einen umfassenden Bericht von über 1000 Seiten Umfang ab, an dem rund 130 Experten aus über 30 Ländern gearbeitet hatten. Diese Arbeit wurde von der neuen Führung in Belgrad nicht nur als profesionell und wesentlich beurteilt, sondern führte zu einer ganzen Reihe von Folgeaufträgen, in denen DCAF gebeten wird, bei der konkreten Umsetzung zahlreicher der von ihm gemachten Empfehlungen mitzuwirken.

Wichtige Partner wurden aber auch die Ukraine (Reform der Polizei und der Grenzschutzorgane; Gesetzgebung; parlamentarische Kontrolle; Stärkung des zivilen Elementes im Verteidigungsministerium), Russland (Gesetzgebung, Reform der Sicherheitsstrukturen), Bosnien und Herzegowina (Reduktion der Streitkräfte und des Verteidigungsbudgets; parlamentarische Kontrolle) sowie Bulgarien (Transparenz in Budgetplanung und Rüstungsbeschaffung). Im laufenden Jahr dürfte zudem Mazedonien zu einem Schwerpunktland werden, wobei die Bewältigung der Folgen eines internen Konfliktes im Vordergrund steht.

Heute weist DCAF – gegenüber der ursprünglich vom Bundesrat vorgegebenen Aufbauplanung – einen Vorsprung von rund einem Jahr auf. Das internationale Echo war mehr als positiv. DCAF stellt – wie seine beiden Partnerinstitute, das Genfer Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZS) – einen konkreten und international anerkannten Beitrag der Schweiz zur Friedens- und Stabilitätspolitik dar. Die Zusammenarbeit zwischen den drei Genfer Zentren ist eng. DCAF und GZS sind bewusst komplementär angelegt: Ist das GZS eine der führenden Adressen für die sicherheitspolitische Ausbildung, so ist DCAF auf gutem Wege, sich einen Namen als solide Adresse für Projekte vor Ort zu schaffen. Mit den drei Genfer Zentren ist es der Schweiz gelungen, einen eigenständigen, kostenwirksamen und international beachteten Beitrag zu Stabilität und Sicherheit in Europa und in der Welt zu leisten. ■

Theodor Winkler, Dr., Botschafter, Direktor des Genfer Zentrums für die demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF).